



Niederschrift

26. Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 21.03.2013
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:15 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Gerd-Rainer Busch

Frau Bettina Albert

Herr Sven-Hilmer Brauer

Vertretung für: Frau Saggau, Monika

Frau Angelika Hahn-Fricke

Frau Ingrid Helmrich

Frau Cordula Schultz

Vertretung für: Frau Brüggmann, Diane

Herr Klaus-Peter Schroeder

Herr Arne Hansen

Vertretung für: Frau Eick, Annelie

Herr Norbert Dachsel

Herr Jörg Kraft

Frau Iris Clasen

Vertretung für: Frau Otto, Daniela

Herr Joachim Behm

KT-Abg. als Gast

Frau Landrätin Hartwig

Herr Dr. Hoffmann FBL Soziales, Jugend, Bildung

Herr Stankat FDL Kinder- und Jugendhilfe, Kultur

Herr Wehner Kinder- und Jugendhilfe, Bildung, Kultur

Herr Westphal Protokollführer

Abwesende:

Frau Diane Brüggmann

Frau Monika Saggau

Herr Alexander Wagner

Frau Annelie Eick

Herr Christian Detlof

Frau Sabine Ivert-Klinke

Frau Jana Oelschlägel

Herr Hans Siebke

Herr Wolfgang Wittek

Frau Daniela Otto
Herr Viktor Vogt Vertreter d. Belange ausl. Einwohner
Frau Karin Am Wege Kreissenioresenbeirat

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
- 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
- 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.02.2013
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
- 3.1 Auswertung des Berichts aus dem Unterausschuss zum Segeberger Kinderschutzfall an den Jugendhilfeausschuss des Kreises Segeberg zur Sitzung am 28.02.2013
- 3.2 Bausteine für ein optimiertes Jugendamt
- 3.3 Förderung von Sofortmaßnahmen zur Sicherstellung des U3-Rechtsanspruchs unter Bezug auf DrS/2012/173
Vorlage: DrS/2012/173
- 4 Berichte der Verwaltung
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Informationen und Anfragen
- 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es gibt keine Fragen aus der Einwohnerschaft.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Es gibt keine Anmerkungen zur Tagesordnung. Der Vorsitzende informiert die Ausschussmitglieder, dass Frau Helmrich im Anschluss an TOP 3.1 noch ein kurzes Referat halten wird.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.02.2013

Die Niederschrift befindet sich noch im hausinternen Verwaltungsumlauf.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Auswertung des Berichts aus dem Unterausschuss zum Segeberger Kinderschutzfall an den Jugendhilfeausschuss des Kreises Segeberg zur Sitzung am 28.02.2013

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik ein und erwähnt, dass vom Unterausschuss methodisch anders gearbeitet worden sei als es Herr Prof. Dr. Wolf in seinem Gutachten getan hätte. Darüber hinaus sei dem Unterausschuss aufgefallen, dass es offenbar unterschiedliche Definitionen von Kindeswohlgefährdung gebe. Es sei der Eindruck entstanden, dass das Gericht dafür andere Maßstäbe anlege als es der Jugendhilfeausschuss getan habe. Es soll daher in der nächsten Wahlperiode ein enger Schulterschluss mit Lehrern, Polizei und Gerichten gesucht werden, um Missverständnisse auszuräumen. Herr Schröder weist darauf hin, dass bereits vor der ersten Sitzung des Unterausschusses die Weichen zur Optimierung des Jugendamtes gestellt worden seien. Auch wenn den MitarbeiterInnen des Jugendamtes kein Fehlverhalten vorzuwerfen sei, müsse allen Beteiligten klar sein, dass jederzeit wieder solch ein Problem auftreten könne. Er wirbt für Verständnis gegenüber den MitarbeiterInnen des Jugendamtes, die sich tag täglich mit diesen Problemen und Konflikten auseinander setzen müssten. Herr Busch zeigte sich positiv überrascht von der sehr kollegialen Zusammenarbeit im Unterausschuss. Der Bericht sei interfraktionell erarbeitet worden.

Im Anschluss hält Frau Helmrich ein Kurzreferat. Dieses Referat ist dem Protokoll beigelegt.

Der Vortrag wird von den Ausschussmitgliedern positiv aufgenommen. Anschließend wird kurz darüber diskutiert.

zu 3.2 Bausteine für ein optimiertes Jugendamt

Herr Stankat gibt eine kurze Einführung in die anstehende Thematik und weist darauf hin, dass es noch keine formelle Beschlussfassung über die Bausteine gibt. Er erläutert den Baustein I mit allen Unterpunkten. Herr Busch weist darauf hin, dass 5,0 gesperrte Stellen in der letzten Hauptausschusssitzung entsperrt worden sind. Der Jugendhilfeausschuss soll nun darüber beschließen, ob mit diesen entsperrten Stellen so verfahren werden soll, wie es der Unterausschuss in seinem Bericht vorschlägt.

Insgesamt sind nach dem Bericht von Herrn Stankat und der Empfehlung des Unterausschusses 5,8 Stellen neu zu besetzen. Diese setzen sich aus einer neu zu besetzenden Stelle im Bereich des Kinderschutzes und Qualitätsmanagement sowie aus einer 1,3 Stelle im Bereich der Hilfeplanung und 3,5 Stellen im Bereich der Überprüfung von Kindeswohlgefährdungen zusammen. Darüber hinaus empfiehlt der Unterausschuss dem Jugendhilfeausschuss, entgegen dem Vorschlag der Verwaltung, nicht weitere 3,5 zusätzliche Stellen im Bereich der Qualifizierung der Mitarbeiter im ASD/Abbau von Fluktuation zu beschließen.

Die damit rechnerisch noch fehlende 0,8 Stelle ist weder durch Stellenplan, noch durch Hauptausschussbeschluss abgesichert. Laut Herrn Stankat lag dem Hauptausschuss weder eine Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses noch des Unterausschusses vor. Man habe, die im Stellenplan mit Sperrvermerk versehenen Stellen, entsperren wollen, um möglichst schnell zu handeln. Die genaue Besetzung der Stellen hänge nun noch vom Fachausschuss ab.

Frau Schultz gibt noch an, dass deswegen so wenige Stellen aus dem Unterausschuss heraus gefordert wurden, weil die MitarbeiterInnen des Jugendamtes zur Zeit die Lüttringhaus-Fortbildungen absolvierten und darüber hinaus noch die neuen KollegenInnen einarbeiten müssten. Allerdings sei durch die Beratung auch deutlich geworden, dass im Laufe der Zeit auch weitere

Stellen neu zu besetzen sind. Man möchte verhindern, dass es im ersten Jahr zu einer Überlastung des Jugendamtes komme. Herr Behm fragt nach, wie es mit der Besetzung der Stellen aktuell aussieht. Laut Herrn Stankat sind inzwischen alle, bis vor Aufhebung des Sperrvermerks, ausgewiesenen Stellen besetzt. Dieses umfasse nicht die Nachfolge von Herrn Stankat als Fachdienstleiter für Kita, Schule und Kultur. Diese Stelle werde erst noch bewertet und sodann ausgeschrieben.

Herr Busch schlägt vor, dass über die Stellen, die im Baustein I empfohlen sind, beschlossen werden sollte und zusätzlich noch dem Hauptausschuss, über die Verwaltung, die eine entsprechende Vorlage fertigen soll, empfehlen, eine ganze weitere Stelle, anstatt einer 0,8 Stelle, auszuweisen.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Zu Baustein II gibt Herr Busch an, dass es dabei um die Freigabe für Fortbildungsplätze für das Jahr 2014 gehe. Für 2013 seien die Plätze schon freigegeben. Sollte man diesen Baustein nicht annehmen, so würde die ganze Fortbildung wenig Sinn machen.

Darüber hinaus merkt er an, dass Supervision nicht als Aus- oder Fortbildung gerechnet werden kann. Dies soll in der Vergangenheit vermischt worden sein, was nicht der Fall sein dürfe. Supervision sei ein Regelinstrument und dies gelte es sicherzustellen.

Zum Baustein III bittet Herr Busch, dass die beiden Berater für die Sozialraumorientierung einmal zu einer nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses dazu stoßen sollen, um mit ihnen gemeinsam über diesen Baustein zu beraten.

Zum Baustein IV empfiehlt der Unterausschuss, dem Vorschlag von Herrn Prof. Dr. Wolf nicht zu folgen und auf Durchführung eines eigenen Falllabors zu verzichten. Man gehe davon aus, dass man unter Mitwirkung der beiden Berater für die Sozialraumorientierung, dies auf eigener Ebene selber lösen könne. Vielmehr soll das Sozialministerium gebeten werden, ein solches Falllabor auf Landesebene zu errichten. Laut Herrn Stankat habe man sich bereits mit den anderen Jugendämtern und mit dem Sozialministerium darüber ausgetauscht und sei dort auf Interesse gestoßen.

Zu Baustein V empfiehlt der Unterausschuss, die beabsichtigte Handlungsweise des FB III ab sofort umzusetzen. Ab sofort heißt in diesem Zusammenhang, dass es sofort nach der Annahme dieser Bausteine umgesetzt werden kann.

Zu Baustein VI führt Herr Busch an, dass über diesen Baustein im Rahmen der Sozialraumorientierung noch einmal gesondert beraten werden soll. Es gibt noch keine abschließende Beschlussfassung zu diesem Baustein, lediglich die Einigkeit, dass über diesen Punkt beschlossen werden soll, nur sei das wie noch nicht geklärt.

Zu Baustein VII merkt Herr Brauer an, dass solch ein Pressesprecher die Verwaltung nicht nur positiv nach außen vertreten sollte. Dem widersprechen einige Ausschussmitglieder. Ein Pressesprecher sollte die gesamte Verwaltung ausschließlich positiv nach außen vertreten. Herr Schröder stimmt dem zu und bedankt sich bei den MitarbeiterInnen des Jugendamtes für die gute Arbeit, die geleistet werde. Auch Frau Hartweg spricht sich für einen Pressesprecher aus, der für die ganze Verwaltung tätig sein soll.

Herr Busch ruft noch einmal die Schlussbetrachtung des Berichtes in Erinnerung und weist darauf hin, dass dies die wichtigsten Punkte seien, die es zu erfüllen gelte.

Anschließend wird der Bericht mit den Bausteinen zur Abstimmung gestellt. In Baustein I sei jedoch noch anzumerken, dass dem Hauptausschuss empfohlen wird, eine ganze weitere Stelle auszuweisen.

Der Bericht mit den Bausteinen wurde einstimmig angenommen.

zu 3.3 Förderung von Sofortmaßnahmen zur Sicherstellung des U3-Rechtsanspruchs unter Bezug auf DrS/2012/173 Vorlage: DrS/2012/173

Herr Wehner, Mitarbeiter im Fachdienst 51.10, gibt einen Einblick zum Ausbaustand der Krippenplätze sowie zur weiteren Entwicklung. Die Präsentation ist diesem Protokoll beigelegt.

Herr Stankat teilt mit, dass es voraussichtlich weitere Bundesmittel in Höhe von ca. 1,9 Mio.

EUR geben werde. Dieses Geld sei aber bereits überzeichnet mit den bereits vorliegenden bzw.

angekündigten Anträgen und Planungen. D. h. die Bundesmittel würden nicht für alle noch ausstehenden oder zu erwartenden Anträge ausreichen, deren Volumen bereits 2,5 Mio. EUR übersteige. Aus diesem Grund werden die vom Kreistag bereitgestellten zwei Mio. EUR Kreismittel benötigt, um den noch nicht gedeckten Anteil der angekündigten Maßnahmen aufzufangen.

Weiter führt er aus, dass wenn einige Einrichtungen überfüllte Wartelisten haben, man diesem Problem evtl. mit der Förderung investiver Sofortmaßnahmen entgegen kommen könne, da die Bundesmittel ausschließlich für reguläre Investitionsmaßnahmen wie An-, Um- und Neubauten bestimmt seien. Wenn Kommunen entsprechende Unterstützung benötigten, könnte der Kreis mit Mitteln aus dem zwei Mio. EUR Topf dem entgegen kommen. Diese Mittel sollten dann im Rahmen der allgemeinen Förderungsrichtlinie des Kreises mit einer Regelförderquote von 20 % zuzüglich Zuschläge für leistungsschwache Gemeinden vergeben werden. Wichtig sei jedoch, dass Kreismittel nachrangig zu betrachten sind. Primär sollen die Bundesmittel verwendet werden. Eine Umwandlung der investiven Kreismittel in Betriebskostenmittel könne nicht stattfinden; wäre auch nicht erforderlich, da diese komplett durchfinanziert seien.

Sollte der Jugendhilfeausschuss diesen Vorschlägen der Verwaltung zustimmen, so wird es in der nächsten Sitzung am 25.04.2013 eine Beschlussvorlage dazu geben.

Frau Albert fragt nach, wie es angehen könne, dass einigen Kommunen erst jetzt einfalle, dass es bei Ihnen noch Kinder gibt, die noch nicht untergebracht sind. Das Thema sei bereits schon länger präsent und wurde auch schon des Öfteren diskutiert. Laut Herrn Stankat gibt es bei einigen Kommunen trotz der Beratung durch den Kreis Fehleinschätzungen über den rechtlichen Hintergrund. Auch gebe es Fehleinschätzungen in der Bedarfsfrage. Und dazu komme noch, dass die Kommunen erhebliche finanzielle Sorgen hinsichtlich der Tragung der Betriebskosten hätten.

Nach einer ausführlichen und regen Diskussion wurde der Verwaltung einstimmig der Auftrag erteilt, für die nächste Sitzung eine Beschlussvorlage in dem vorgenannten Sinne zu fertigen.

zu 4 Berichte der Verwaltung

Es liegen keine Berichte der Verwaltung vor.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Es gibt keine Wortbeiträge.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Herr Brauer fragt nach, ob eine Jugendhilfeausschusssitzung auch einmal außerhalb des Kreishauses beispielsweise in einer Einrichtung stattfinden könne. Laut Herrn Busch hat dies in der Vergangenheit bereits stattgefunden. Er möchte allerdings erst in der nächsten Wahlperiode über solch einen Vorschlag nachdenken. Weiter führt er aus, dass es in der nächsten Sitzung eine entsprechende Vorlage für den Punkt 3.3 von der Verwaltung geben soll.

Herr Stankat berichtet, dass in der nächsten Sitzung über die neue Richtlinie der Kindertagespflege beraten werden soll. Sowie über die Vorschlagsliste der Jugendschöffenwahl abgestimmt werden muss. Auch wird es einen Bericht über betriebliche Kindertagesbetreuung für die Kreisverwaltung geben, wozu es eine spannende Umfrage gegeben habe.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es gibt keine Fragen aus der Einwohnerschaft.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Gerd-Rainer Busch
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Westphal
(Protokollführer)